

JONATHAN DIESELHORST/KATALIN GENNBURG

WIE SMART KANN DIE STADT FÜR ALLE SEIN?

DIE DIGITALE REVOLUTIONIERUNG DER STÄDTE MUSS EINE SOZIALE REVOLUTION FÜR DIE MENSCHEN SEIN

Das Paradigma der «Smart City» hat in den letzten Jahren in der Fachöffentlichkeit sowie in der Stadtforschung und -planung an Bedeutung gewonnen. Mit ihm geht das Versprechen eines gesamtheitlichen und innovativen Entwicklungskonzepts einher. Es wird suggeriert, mit dem klugen Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechnologien könnten Städte nicht nur effizienter, moderner und inklusiver werden, sondern auch noch das dringlichste Problem unserer Zeit, den Klimawandel, in den Griff bekommen. Wir werden im Folgenden zeigen, wie im Gegensatz zu dieser urbanen Verheißung und allen «grünen Zukunftsvisionen» gegenwärtig vor allem technizistische Ansätze sowie einseitige ökonomische Interessen die Debatte und Entwicklung bestimmen, bei der die soziale Frage völlig außen vor bleibt. Eine «Smart City» von links einzufordern kann indes nur heißen, Digitalisierung plus Vergesellschaftung aller städtischen Infrastrukturen einzufordern, also: Städte für jene, die in ihnen leben.

Angesichts stockender Klimaschutzverhandlungen auf internationaler Ebene und der steckengebliebenen Energiewende in Deutschland kann es kaum überraschen, dass Städte und Gemeinden vielerorts zu neuen Hoffnungsträgern in Sachen «grüner Entwicklung» avancieren. In den Städten der Zukunft, so ist in zahlreichen Hochglanzbroschüren von IBM oder Siemens, aber auch in kommunalen oder EU-Positionspapieren nachzulesen, können mit der konsequenten Nutzbarmachung digitaler Technologien und hochmoderner Infrastrukturen sowie der intelligenten Verzahnung verschiedenster Aufgabenfelder selbst die schwierigsten ökologischen Herausforderungen (Temperaturerhöhung, Luftverschmutzung etc.) bewältigt werden. Im Zentrum der von vielen Seiten angepriesenen Lösungsansätze, die immer häufiger unter der Chiffre «Smart City» firmieren, steht neben der Erhöhung der Leistungsfähigkeit von Verwaltung und der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit von Städten die Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz.

Im Gegensatz zum Wachstum der Industrielandschaft des 20. Jahrhunderts gelten Informations- und Kommunikationstechnologien nämlich als nachhaltig. Mit ihnen soll einerseits CO₂ eingespart werden, beispielsweise über Kraft-Wärme-Kopplungen, andererseits sollen sie helfen, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Im öffentlichen Fokus stehen die «intelligenten Netze», also eine netzbasierte Steuerung unterschiedlicher technischer Geräte. Bekanntestes Beispiel ist der

smarte Kühlschrank, der beim Lieferanten automatisch Lebensmittel nachbestellt und per Drohne liefern lässt. So soll eine Vielzahl «urbaner Prozesse» – von Verkehr, Wasser- und Energieversorgung über E-Partizipation bis hin zu polizeilicher Überwachung des öffentlichen Raums – mithilfe großer Mengen an in Echtzeit erhobenen und prozessierten Daten effizienter, produktiver und ökologischer organisiert werden.¹

BEDEUTUNGSZUWACHS DES URBANEN

Ein Hintergrund dieser Debatte ist: Etwa seit zehn Jahren lebt die Mehrheit der Weltbevölkerung in städtischen Ballungszentren, laut Prognosen werden es in nicht allzu ferner Zukunft Dreiviertel aller Menschen sein. Mit der Urbanisierung des Planeten Erde geht auch eine Erhöhung der Treibhausgasemissionen einher. Es gibt Schätzungen, wonach Städte für etwa 70 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes und Energieverbrauchs verantwortlich sind.² Ob es gelingen wird, die globale Erwärmung um ein paar Grad einzudämmen oder sich dem periodischen Auftreten von Naturkatastrophen zumindest besser anzupassen, wird maßgeblich, so die gängige Annahme, vom Erfolg oder Scheitern städtischer Initiativen abhängen. Eine entscheidende Rolle wird in diesem Zusammenhang den Mega-Metropolen im globalen Süden zugeschrieben.

Bei der EU, den Vereinten Nationen und auch in der akademischen Welt scheint man sich hinsichtlich des Bedeutungs-

zuwachsen des Städtischen weitgehend einig zu sein. Die Abwanderung vom Land, so die Einschätzung, wird weltweit noch zunehmen. Uneinigkeit herrscht allerdings in Bezug auf die Ursachen dieses globalen Trends. Gewaltverhältnisse, extreme Ausbeutung, Enteignungen (Stichwort: Landraub), Verelendung und andere strukturelle Gründe, die einen Großteil der gegenwärtigen Wanderungsbewegungen in Richtung Großstädte verursachen, werden manchmal fast schon zu einem naturgegebenen Zustand erklärt. Was diese mit der kapitalistischen Produktionsweise und dem Zwang zu permanenter Akkumulation zu tun haben, wer davon profitiert, ob alle StadtbewohnerInnen gleichermaßen von Umwelt- und Ressourcenproblemen betroffen sind, ob sich das Problem des Klimawandels als ein vorwiegend urbanes verhandeln lässt und wie städtische von nicht städtischen Räumen unterschieden werden sollen, wird oft gar nicht thematisiert. Mehr noch: Die für die Klimakrise maßgeblich verantwortlichen Konzerne und Politiken werden nicht in Haftung genommen. Zahlen sollen vor allem diejenigen, die schon vorher von Wirtschaftswachstum und gesellschaftlichem Reichtum tendenziell ausgeschlossen waren.

Fragen der sozialen Gerechtigkeit oder des Zugangs zu Ressourcen werden im vorherrschenden Diskurs zu «Smart Cities», in dem Kommunen als eigenverantwortlich handelnde Akteure erscheinen, also weitgehend ignoriert oder bislang, wenn überhaupt, eher unter ferner liefen verhandelt. Dennoch wird mit dem «Smart-City»-Ansatz oftmals etwas Visionäres verbunden und hat er in zahlreiche Förderprogramme, Masterpläne und politische Strategiepapiere Eingang gefunden. Was mit dem Begriff, der seit Ende der 1990er Jahre im Umlauf ist, konkret gemeint ist, bleibt oft unklar oder wird mitunter bewusst offengelassen.

WER TREIBT DIE SMARTNESS DER STÄDTE VORAN?

Es gibt eine enorme Bandbreite an Akteuren, die an «Smart Cities» interessiert sind: Diese reicht von privaten Unternehmen bis zu NGOs, von staatlichen Stellen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene bis hin zur EU und den Vereinten Nationen. Die EU unterstützte mit ihrer «TRANSFORMATION Agenda for Low Carbon Cities» Austausch und Forschung zur Strategieentwicklung in diesem Feld, andere ihrer diesbezüglichen Förderprogramme heißen «Smart Cities and Communities» oder «Horizon 2020». Was die Bundesrepublik betrifft, so sind auch hier inzwischen eine Vielzahl von einschlägigen Initiativen entstanden, darunter die «Smart City Charta» des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung oder die 2013 gegründete «Nationale Plattform Zukunftsstadt». Zudem haben viele lokale Regierungen mit der Ausarbeitung von «Smart-City»-Konzepten begonnen und buhlen wie etwa Amsterdam, Berlin, Helsinki oder Wien darum, im Ranking der «intelligenten Städte» ganz oben zu landen.

Doch die «Smart City» ist längst mehr als nur bloße Ideologie: Sie existiert bereits in Form einer Vielzahl von Projekten, die sich sowohl hinsichtlich der Größe als auch in Bezug auf die Art und Weise der Umsetzung und der Interventionen im städtischen Raum erheblich unterscheiden. Smarte Projekte und Strategien umfassen zentralistisch organisierte Mega-Projekte und großflächige Überwachungsmaßnahmen öffentlicher Räume, zu ihnen lassen sich aber auch Web-2.0-basierte Instrumente der Bürgerbeteiligung, Modellprojekte im Bereich E-Government und selbst Graswurzelstrategien rechnen, die mittels IT-basierter Lösungen versuchen, die Zi-

vilgesellschaft auf Nachbarschaftsebene zu aktivieren. Sofern es etwas Verbindendes zwischen diesen Praxen gibt, dann besteht es wohl am ehesten darin, dass das Verständnis von Smartness instrumentell bleibt, sich also auf die Optimierung von Mitteln fokussiert, anstatt deren Zwecke kritisch zu hinterfragen.

Zu den wohl bekanntesten Beispielen in Deutschland gehören Projekte bekannter Technologiekonzerne, die von EU- und nationalstaatlicher Förderung profitieren und maßgeblich an der Erarbeitung von «Smart-City»-Leitbildern mitwirken. Vielerorts saßen von Anbeginn an Firmenvertreter von SAP, Siemens, Bosch etc. bei der Entwicklung solcher Leitbilder und Masterpläne mit am Tisch. Vorzeigeprojekte sind derzeit der Hafen in Hamburg, der vom dem Netzwerk-Spezialisten Cisco Systems zum «Smart Port» entwickelt werden soll, ebenso die T-City Friedrichshafen am Bodensee, wo die Telekom ihre Vision vom vernetzten Leben und Arbeiten in einem voll privatisierten «öffentlichen Raum» verwirklichen will.

Andernorts wird die «Smart City» schon in wahrhaft Orwell'schen Dimensionen umgesetzt. Ein Beispiel ist die Planstadt New Songdo City in Südkorea, die als eigenständiges neues Viertel der Millionenmetropole Incheon entsteht und in der nach ihrer endgültigen Fertigstellung 2020 etwa 70.000 Menschen leben und arbeiten sollen. New Songdo City soll zudem Teil einer Sonderwirtschaftszone werden, die Hongkong und Singapur Konkurrenz machen soll. Realisiert wird das Projekt von einem US-amerikanisch-südkoreanischen Unternehmenskonsortium. Im gesamten Stadtgebiet werden massenweise Daten in Echtzeit erhoben, zum Beispiel durch Videoüberwachung öffentlicher Räume, aber auch innerhalb von Gebäuden mithilfe von Sensoren, die sowohl Temperaturschwankungen als auch individuelle Verbrauchs- und Zugangsdaten in Wohnungen messen. Songdo versinnbildlicht sowohl den Trend hin zur Privatisierung von Stadtentwicklungspolitik als auch zur flächendeckenden Überwachung städtischen Lebens – alles im Namen der Einsparung von Energie und anderen Ressourcen.

Planstädte wie Songdo sind eher die Ausnahme als die Regel, aber nichtsdestotrotz von großer Bedeutung: Schließlich sind es diese Testprojekte, in denen zukünftige Formen künstlicher Intelligenz und des Managements großer Datenmengen erprobt werden, die für das Regieren von Bevölkerung und Territorien benötigt werden und die übertragbar gemacht werden sollen.³ Auffällig ist jedoch, dass futuristische Stadtvisionen im weltweiten Klimafieber vor allem im globalen Süden umgesetzt werden. Nicht selten werden etliche Hektar Land so für die Fortschrittsfantasien von Planungsbüros und Regierungen in «Nachhaltigkeitsoasen» inmitten von Wüstenregionen versilbert.

WAS IST DIE KRITIK AN «SMART CITIES»?

Das «Smart-City»-Konzept hat nicht nur einflussreiche Anhänger und Lobbygruppen, sondern steht auch in der Kritik. Dabei wird nach dem tatsächlichen Nutzen von angeblichen Innovationen und smarten Lösungsansätzen für die Gesellschaft und das Allgemeinwohl gefragt und auf die vielen Gefahrenpotenziale verwiesen. Zunächst liegt es aber nahe, «Smart-City»-Projekte und -Ansätze an ihren eigenen Maßstäben zu messen: Wie nachhaltig also ist die «Smart City»?

Zwar können intelligente Stromzähler und Gebäude mit computergesteuerter Heizung oder der Rückgriff auf erneuerbare Energieträger einen sensibleren Umgang mit Ressourcen ermöglichen. Zugleich wird aber zum Beispiel der

flächendeckende Einsatz von Sensoren und Prozessoren zu einem sprunghaften Anstieg der globalen Nachfrage nach seltenen Erden und Metallen führen. Eine Ausbeutung knapper werdender Rohstoffreserven im globalen Süden unter inhumanen Arbeitsbedingungen, mit fatalen ökologischen und sozialen Folgen (Stichwort: Neoextraktivismus) ist mit der Einsparung von ein paar Tonnen CO₂ in privilegierten smarten Städten (meist im globalen Norden) wohl kaum zu rechtfertigen. Ob andererseits der Einsatz hochgiftiger und brennbarer Dämmstoffe wie Polystyrol an Gebäudefassaden hierzulande oder der wachsende Flächenverbrauch durch Elektroautos ökologisch nachhaltigere Städte hervorbringen wird, ist genauso fraglich. Mehr noch: Die wirklich Verantwortlichen für die Klimakrise in Wirtschaft und Politik kommen ungeschoren davon. Damit ist ein erster und zentraler Einwand benannt: Das Konzept der «Smart City» ist weit entfernt davon, das auf Ausbeutung beruhende kapitalistische Naturverhältnis und seine Tendenz zur Krise grundlegend infrage zu stellen. Es suggeriert vielmehr, dass sich diese durch eine neue Runde von Investitionen in Technologien und gebaute Umwelt irgendwie regulieren ließen. De facto können solche Maßnahmen aber allenfalls dazu führen, ökologische Krisen in Raum und Zeit zu verschieben, das heißt, sie später und anderswo auftreten zu lassen. Geschützt wird so das Kapital, dem neue Sphären der Verwertung erschlossen werden, nicht die Natur und diejenigen, die von ihrer Zerstörung am meisten betroffen sind.

Weitere Bedenken beziehen sich auf die Ausweitung der Möglichkeiten technokratischen Regierens, die mit der Erhebung großer Datenvolumina einhergehen kann,⁴ sowie auf die drohende Abhängigkeit von der Expertise weniger Technologiekonzerne. Diese haben neben diversen staatlichen Akteuren und NGOs den Diskurs um «Smart Citys» bislang maßgeblich geprägt. So zeigt eine planungswissenschaftliche Studie, wie der Technologiekonzern IBM erfolgreich ein spezifisches Konzept von der «Smart City» als den Schlüssel zur Lösung vielfältiger städtischer Problemlagen präsentiert, um eine dominante Marktposition zu erreichen und IBM-Produkte als «obligatorischen Durchgangspunkt» zu einer ökologisch nachhaltigen urbanen Zukunft zu etablieren.⁵ Das «Smart-City»-Business ist ein äußerst lukratives Geschäftsfeld, das Milliardenaufträge verspricht. Die Aussicht, dass der Einsatz intelligenter Technologien in Städten weltweit eine neue, wenn auch prekäre Runde kapitalistischen Wachstums eröffnen könnte, ist wohl ein entscheidender Grund, warum das Konzept der «Smart City» auch über die unmittelbaren Interessen einzelner Unternehmen hinaus eine derartige Attraktivität und (scheinbare) Plausibilität für sich beanspruchen kann.

TECHNISCHE LÖSUNGSANGEBOTE STATT POLITISCHER AUSEINANDERSETZUNG

Die Kritik an der «Smart City» auf die dahinterstehenden Interessen global tätiger Konzerne zu reduzieren wäre jedoch kurzfristig. Denn das Konzept ist zugleich Ausdruck und Ergebnis dessen, was in sozialwissenschaftlichen Debatten als «post-politische Situation» bezeichnet wird. Post-Politik meint mehr als den bloßen Bedeutungsverlust parlamentarisch-demokratischer Institutionen und den wachsenden Einfluss von nicht gewählten ExpertInnen oder LobbyistInnen. Es ist eine Situation, in der das Politische (Auseinandersetzung, Differenz und Dissens) durch eine Reihe von Herrschaftstechniken ersetzt wird, deren gemeinsamen Kern Konsens, Zustimmung und technokratische Steuerung bilden.⁶ So wird

auch im Fall der «Smart City» über «technische Lösungen» für «technische Probleme» gefachsimpelt, anstatt die – dringend notwendige – politische Auseinandersetzung darüber zu suchen, wem eigentlich die Stadt und ihre Infrastrukturen gehören und wer unter welchen Voraussetzungen an stadtpolitischen Entscheidungen teilhaben kann. Die Menschen werden mehr als KundInnen, NutzerInnen oder gar als potenzielle Störenfriede oder Problemfälle adressiert und weniger als politische Wesen und ProduzentInnen ihrer Städte.

Ogleich die «Smart City» häufig als Projekt dargestellt wird, das der lokalen Bevölkerung mehr Mitsprachemöglichkeiten einräumen soll, fällt auf, dass Stimmen, die grundlegende Kritik an neoliberaler beziehungsweise kapitalistischer Stadterneuerung äußern (z. B. Mieterinitiativen, die die Interessen einkommensschwacher Gruppen vertreten), in der Debatte so gut wie nicht präsent sind, also im vorherrschenden Verständnis wohl auch nicht zu den «Smart People» zählen, von denen so oft die Rede ist. Sofern Bürgerbeteiligung vorgesehen ist, beschränkt sie sich in aller Regel darauf, lokale Akzeptanz für anderswo längst beschlossene Maßnahmen zu organisieren. Darüber hinaus hat Alberto Vanolo in einer Studie über den Disziplinierungsaspekt von «Smart Citys» zeigen können, dass deren Apologeten häufig mit Rankings sowie normativen Kriterien argumentieren, die für sich beanspruchen, ideologiefrei und objektiv zu sein, und es so scheinbar erlauben, zwischen guter und schlechter Stadtentwicklung zu unterscheiden, ohne jedoch die damit verbundenen politischen Handlungsspielräume und deren Implikationen ernsthaft zur Debatte zu stellen.⁷ Wichtig ist zudem, deutlich zu machen, dass die Ideologie der «Smart City», auch wenn sie Innovation suggeriert, in vieler Hinsicht an etwa 30 Jahre alte «Rezeptlösungen» anknüpft. So verbirgt sich hinter der Rhetorik der Smartness oft nichts anderes als unternehmerische Standortpolitik, die sich im Kern darauf beschränkt, mit anderen Städten oder Regionen um Investitionen und hoch qualifizierte Arbeitskräfte zu konkurrieren, womit nicht nur eine Polarisierung städtischer Arbeitsmärkte und wachsende soziale Ungleichheit in Kauf genommen wird, sondern auch verschärfte räumliche Segregation und Verdrängung infolge von Gentrifizierungsprozessen.⁸

Andere KritikerInnen gehen noch einen Schritt weiter: In einer jüngst von der Rosa-Luxemburg-Stiftung veröffentlichten Studie von Frank Pasquale und Jathan Sadowski wird mit der «Smart City» ein Spektrum der Kontrolle verbunden, das von «sanften Methoden» biometrischer Überwachung (wie z. B. Gesichtserkennung oder Gesundheitsdaten zwecks Erstellung von Konsumentenprofilen) bis hin zu offen repressiven Polizeitechniken (wie z. B. dem Einsatz von Drohnen) reicht.⁹ Damit drohten Städte, eigentlich Orte der Demokratie und Begegnung, in hoch technisierte Sicherheitszonen verwandelt zu werden, wo die Artikulation von Protest und Dissens womöglich keinen Platz mehr hat. Solche «Cyborg-Städte» verwischen zunehmend die Grenzen zwischen Gesellschaft und Technik beziehungsweise Körper und Stadt, womit unter anderem auch die Voraussetzungen für kybernetische Kontrollapparate geschaffen werden.

HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE LINKE

Die Auseinandersetzungen mit dem Thema «Smart City» ist sowohl in der parlamentarischen als auch in der Bewegungslinken noch vergleichsweise jung. Die Politik- und Themenbereiche, die es dafür in den Blick zu nehmen gilt, sind: erstens Stadtentwicklungsstrategien im Kapitalismus, zwei-

tens Datenschutz, digitale Teilhabe und Demokratie auf kommunaler Ebene, drittens Nachhaltigkeitspolitik, «Greenwashing» und Neosextraktivismus und damit in Zusammenhang stehend schließlich viertens globale soziale Ungleichheiten und Praktiken des Neokolonialismus. Das ist ein recht umfangreiches und komplexes Paket.

Zunächst einmal erscheint es für uns zentral, den politischen Gehalt des oftmals «rein» technologisch anmutenden «Smart-City»-Diskurses im Blick zu behalten und immer danach zu fragen, was die angebotenen Lösungen für die Menschen in den Städten bedeuten und ob sie darin mitgedacht werden. Während viele linke AutorInnen «Smart-City»-Konzepte grundsätzlich ablehnen und aufgrund der Anschlussfähigkeit an unternehmerische/neoliberale Ansätze des Stadtmarketings eine Verschärfung sozialräumlicher Ungleichheit und eine Zunahme technokratisch-autoritärer Regierungsformen befürchten, ist diese Position nicht gänzlich unumstritten. So kritisiert etwa Ugo Rossi, dass vor allem die Perspektive der «post-politischen Stadt» dazu neigt, hegemoniale Erzählungen zu reproduzieren und ein fast schon apokalyptisches Bild zu zeichnen, was in der Konsequenz lähmend wirke. Damit, so Rossi, würde der Blick auf Möglichkeiten alternativer Formen der Stadtentwicklung verstellt. Insbesondere würden Kritiken an der «Smart City», die sie als Projekt übermächtiger Global Player porträtieren, so tun, als handle es dabei um einen quasi monolithischen Machtblock. Das lenke davon ab, dass «Smart-City»-Projekte ganz unterschiedliche Logiken von Kapitalakkumulation und ihrer gesellschaftlichen «Einbettung» mobilisieren, die jeweils ihre eigenen Brüche und Widersprüche aufweisen. In Letzteren, so Rossi, scheint eine «Politik des Möglichen» auf, die Spielräume für kreatives Experimentieren und progressive Veränderungen von Stadtpolitik biete.¹⁰

Grundsätzlich kann der kritischen Debatte zur «Smart City» attestiert werden, dass sie sich bislang häufig auf einer recht abstrakten Ebene bewegt, wohingegen die empirische Auseinandersetzung mit konkreten «intelligenten Projekten» noch in den Kinderschuhen steckt. Auch deshalb kann die Frage, ob smarte Stadtentwicklung zwangsläufig eine weitere Entpolitisierung und Aushöhlung demokratischer Selbstverwaltung sowie Kommodifizierung und Überwachung städtischer Räume bedeutet, oder ob «Smart-City»-Projekte vielleicht auch Spielräume für sozialökologische Transformationen eröffnen könnten, zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschließend beantwortet werden.

Dass sich die Linke einer weiteren Privatisierung öffentlicher Räume, Gemeingüter und Infrastrukturen, der Verdrängung von MieterInnen durch energetische Modernisierungen, der Ausweitung von polizeilicher Überwachung und Repression und zweifelhaften Public-private-Partnerships in der Stadtentwicklung unter dem Label «grünen Wachstums» noch entschlossener entgegenstellen muss, ist inzwischen angekommen und in weiten Teilen Konsens. Als wesentlich schwieriger erweist es sich dagegen, linke Antworten auf «Smart-City»-Konzepte und reale Entwicklungen jenseits von bloßer Ideologiekritik und Abwehrkämpfen zu finden. Umstritten ist auch, wie mit dem Begriff selbst umgegangen werden soll. Während einige dafür plädieren, ihn aufzugreifen und von «von links zu besetzen», wird er von anderen strikt gemieden, da er schon viel zu sehr von kommerziellen Interessen vereinnahmt worden sei.

Eins ist für uns aber klar: Die Digitalisierung des Städtischen sollte in jedem Fall als Thema aufgegriffen werden, denn pau-

schale Technik- und Fortschrittsfeindlichkeit kann keine linke Position sein. Schließlich liegt im technologischen Fortschritt auch ein Transformationspotenzial, wenn auch nur unter der Voraussetzung, dass Digitalisierung städtischer Infrastrukturen mit ihrer Vergesellschaftung und Demokratisierung einhergeht. Die sozialen Kämpfe um Energie und Energieinfrastruktur im Zuge des Atomausstiegs und um den Ausbau von erneuerbaren Energien in den letzten Jahren sind ein gutes Beispiel dafür, wie linke Politik technologische Fragen und solche nach der Verteilung gesellschaftlichen Reichtums zusammenführen kann. Das setzt auch voraus, Technologien und technologische Innovationen nicht länger als neutrale «Werkzeuge» zu begreifen, sondern als «soziotechnisch», das heißt, ihre aktive Rolle bei der Herstellung, Absicherung und (Neu-)Aushandlung politischer und ökonomischer Machtverhältnisse anzuerkennen und mitzudenken. Das beinhaltet darüber hinaus, die Potenziale von smarten Technologien für radikal-emanzipatorische Projekte in den Blick zu nehmen, ohne diesen Technologien zu unterstellen, der Schlüssel für die Überwindung der bestehenden Gesellschaft zu sein. Die Forderung nach einer intelligenten Stadt für alle muss mit einer Repolitisierung und Wiederaneignung von städtischen Themen, Entwicklungen und Technologien verbunden sein.

Jonathan Diesselhorst hat in Berlin und Frankfurt am Main Soziologie, Stadtplanung und Humangeographie studiert und arbeitet heute als Dozent an der Universität Frankfurt sowie für die Fraktion DIE LINKE im Berliner Abgeordnetenhaus. Darüber hinaus ist er unter anderem im Arbeitskreis Kritische Geographie aktiv.

Katalin Gennburg hat an der Technischen Universität Berlin Philosophie, Wissenschaftstheorie und Historische Urbanistik studiert und arbeitet heute als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Berliner Stadtentwicklungspolitik für DIE LINKE. Sie ist Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft Städtebau- und Wohnungspolitik.

¹ Kitchin, Rob: The real-time city? Big data and smart urbanism, in: *GeoJournal* 79/2014, S. 1–14. ² Klimafakten.de u.a. (Hrsg.): *Klimawandel: Was er für die Städte bedeutet. Kernergebnisse aus dem Fünften Sachstandsbericht des IPCC*, Berlin 2015, S. 5, unter: www.klimafakten.de/branchenbericht/was-der-klimawandel-fuer-die-staedte-bedeutet. ³ Halpern, Orit/LeCavalier, Jesse/Calvillo, Nerea/Pietsch, Wolfgang: Test-Bed Urbanism, in: *Public Culture* 2/2013, S. 272–306. ⁴ Kitchin: The real-time city. ⁵ Söderström, Ola/Paasche, Till/Klauser, Francisco: Smart cities as corporate storytelling, in: *City: analysis of urban trends, culture, theory, policy, action* 3/2014, S. 307–320. ⁶ Swyngedouw, Erik: Die postpolitische Stadt, in: *sub/urban. Zeitschrift für kritische Stadtforschung* 2/2013, S. 141. ⁷ Vanolo, Alberto: Smartmentality: The Smart City as Disciplinary Strategy, in: *Urban Studies* 5/2014, S. 883–898. ⁸ Vgl. Hollands, Robert G.: Will the real smart city please stand up?, in: *City: analysis of urban trends, culture, theory, policy, action* 3/2014, S. 303–320; Harvey, David: From Managerialism to Entrepreneurialism: The Transformation in Urban Governance in Late Capitalism, in: *Geografiska Annaler, Series B, Human Geography*, 1/1989, S. 3–17. ⁹ Pasquale, Frank/Sadowski, Jathan: *Smart City. Überwachung und Kontrolle in der «intelligenten Stadt»*, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Analysen Nr. 23, Berlin 2016. ¹⁰ Rossi: *The Variegated Economics and the Potential Politics of the Smart City*, in: *Territory, Politics, Governance*, 12.5.2015, unter: www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/21622671.2015.1036913.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE 11/2016

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Ulrike Hempel

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)

Redaktionsschluss: Juni 2016

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling